



# MEDIENMITTEILUNG

Nr. 69 | H | I | 17. Februar 2019

## Regierungsrätin Frick an Münchner Sicherheitskonferenz

Regierungsrätin Aurelia Frick nahm von Freitag, 15. bis Sonntag, 17. Februar an der Münchner Sicherheitskonferenz teil. Sie nutzte die Konferenz für bilaterale Gespräche zu aktuellen Themen sowie liechtensteinischen Initiativen und Prioritäten. Ausserdem fand in München auch das Treffen mit der neuen EU-Ratspräsidentschaft statt.

Regierungsrätin Frick traf unter anderem ihre Amtskollegen aus Armenien, Georgien, Kirgistan, Kroatien, der Niederlande, die Schweizer Bundesrätin Viola Amherd, den Generalkommissar des Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) und die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC). Besprochen wurden insbesondere der von Liechtenstein initiierte Syrien-Mechanismus (IIIM) und die Finanzsektorkommission. Mit der aktuellen EU-Ratspräsidentschaft Rumänien wurden der Brexit und spezifische Anliegen der EWR-Mitgliedsstaaten diskutiert. Zusammen mit ihrem Amtskollegen aus Litauen hat Aurelia Frick am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz ein Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet.

Die Münchner Sicherheitskonferenz findet seit 1963 statt. Sie ist eine beliebte Plattform für einen offenen Austausch zur internationalen Sicherheitspolitik auf höchster Ebene. Teilgenommen haben dieses Jahr neben der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel US-Vizepräsident Mike Pence und dem russische Aussenminister Sergej Lavrov über 40 Staats- und Regierungschefs, rund 100 Aussenministerinnen und Aussenminister, Verteidigungsministerinnen und Verteidigungsminister sowie zahlreiche Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Am Vorabend der Sicherheitskonferenz fand die Münchner Europakonferenz statt. Sie stand unter dem Thema „Europe works – Europa wird!“. Aurelia Frick, die als Rednerin eingeladen wurde, betonte Liechtensteins Unterstützung für die europäische Integration und die Notwendigkeit, gemeinsam für europäische Werte einzustehen. Neben Regierungsrätin Frick sprachen an dieser Konferenz unter anderem Christine Lagarde, Direktorin des Internationalen Währungsfonds, und Annegret Kramp-Karrenbauer, Parteivorsitzende der CDU.

Kontakt:

Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur

Domenik Wanger, Amt für Auswärtige Angelegenheiten

T +41 79 774 39 64